

Informationsdienst für Aussiedler und Vertriebene

Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten

Nr. 83 | 14. Dezember 2012

Aussöhnung als Aufgabe – Deutschlands Arbeit an den Kriegsfolgen seit 1945

Kongress 2012. Dokumentation



© CC BY-SA / CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Foto: Steven Rösler

Sitzungssaal der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Programm

Eröffnung	<i>Klaus Brähmig MdB</i> , Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Einführung	<i>Volker Kauder MdB</i> , Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Rede	„Das Kriegsfolgenschicksal der Deutschen in Osteuropa und seine Bedeutung für die deutsche Aussiedler- und Minderheitenpolitik“ <i>Dr. Christoph Bergner MdB</i> , Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern und Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten
Podium 1	Junge Deutsche und der Osten: die Enkelgeneration sucht neue Wege zur Geschichte
Teilnehmer	<i>Norbert Rasch</i> , Vorsitzender der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Opperler Schlesien (SKGD) <i>Rick Ostermann</i> , Regisseur und Drehbuchautor <i>Merle Hilbk</i> , Journalistin und Autorin <i>Stephan Mayer MdB</i> , BdV-Präsidiumsmitglied
Moderation	<i>Andreas Stopp</i> , Deutschlandfunk
Podium 2	Flucht, Vertreibung und Versöhnung? Das Konzept der geplanten Dauerausstellung in Berlin
Teilnehmer	<i>Prof. Karl Schlögel</i> , Professur für Geschichte Osteuropas, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) <i>Prof. Manfred Kittel</i> , Direktor der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung <i>Prof. Norman Naimark</i> , Professur für Geschichte am Institut für Osteuropäische Studien, Universität Stanford <i>Prof. Dr. Norbert Conrads</i> , Historisches Institut, Universität Stuttgart <i>Dr. Joachim Mähner</i> , Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums, Lüneburg <i>Prof. Stefan Troebst</i> , Professur für Kulturstudien Ostmitteleuropas, Universität Leipzig und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beraterkreises der SFVV
Moderation	<i>Dr. Reinhard Müller</i> , Frankfurter Allgemeine Zeitung
Rede	„Das Kulturerbe der Deutschen im östlichen Europa“ <i>Bernd Neumann MdB</i> , Staatsminister und Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM)
Lesung	„Auf der Flucht. Erinnerungen“ <i>Hellmuth Karasek</i> , Autor
Podium 3	Suche nach der verlorenen Geschichte – Aussöhnung der Deutschen mit der Vergangenheit
Teilnehmer	<i>PD Dr. Magnus Brechtken</i> , Stellvertretender Direktor des Instituts für Zeitgeschichte <i>Erika Steinbach</i> , Präsidentin des Bundes der Vertriebenen <i>Prof. Dr. Michael Ermann</i> , Psychoanalytiker <i>Prof. Hellmuth Karasek</i> , Literaturkritiker und Autor
Moderation	<i>Prof. Michael Stürmer</i> , Die WELT
Rede	<i>Dr. Angela Merkel MdB</i> , Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland
Ausblick	<i>Johannes Singhammer MdB</i> , Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Nationalhymne	

Aussöhnung als Aufgabe

Kongress zu Deutschlands Arbeit an den Kriegsfolgen seit 1945 – neue Impulse für die öffentliche Debatte

© CC BY-SA / CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Foto: Steven Rösler



Klaus Brähmig

Im Saal des Berliner Reichstagsgebäudes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fand Ende September ein besonderes Ereignis statt, an dem es – im Gegensatz zu den normalen Sitzungen – dort mucksmäuschenstill war. Helmut Kohl besuchte die Fraktion zum ersten Mal seit zehn Jahren und sprach in bewegenden Worten von ihr als seiner Heimat. Der Bundeskanzler, der den Zweiten Weltkrieg noch aus eigener Anschauung kennt, schrieb den Abgeordneten in Vorahnung der Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU ins Stammbuch, den Frieden in Europa zu bewahren. Er mahnte: „Gerade wir Deutschen dürfen nie vergessen, woher wir kommen, was wir erlebt haben, aber auch nicht, was wir erreicht haben.“ Daran habe diese Fraktion, so resümierte der Kanzler der Einheit, einen erheblichen Anteil gehabt.

Deutschland hat sich nach 1945 zu einer äußerst stabilen Demokratie entwickelt. Aber das war damals keineswegs abzusehen. Die innen- und außenpolitischen Herausforderungen waren gewaltig. Die nationale Verantwortung, welche die Bundesrepublik nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges zu übernehmen hatte, umfasste stets zwei Aspekte. Es ging zum einen um die Versöhnung und

Wiedergutmachung gegenüber den Opfern der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik. Zum anderen musste die damals noch junge Republik Solidarität und Lastenausgleich in der eigenen Bevölkerung schaffen. In der ehemaligen DDR hingegen wurden die Vertriebenen verharmlosend als „Umsiedler“ bezeichnet und das Thema aus der öffentlichen Diskussion verbannt. Erst jetzt erinnert etwa eine Ausstellung im Sächsischen Landtag an die Barackenstadt Elsterhorst in Ostsachsen, in dem zehntausende Vertriebene interniert waren.

Die Menschen waren in Deutschland von den Kriegsfolgen unterschiedlich hart betroffen. In Mittel- und Südosteuropa, wo seit Jahrhunderten Deutsche lebten, hatten sie meist ein besonders schweres Kriegsfolgen-schicksal zu tragen: Flucht und Vertreibung, Enteignung, Deportation, Zwangsarbeit oder jahrzehntelange Unterdrückung ihrer nationalen Identität.

Angesichts des gegenwärtig wachsenden gesellschaftlichen Interesses an der deutschen Nachkriegsgeschichte, wie es sich in den jüngsten Publikationen, Filmen und dem Bedürfnis der jüngeren Generation nach Spurensuche zeigt, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 15. Oktober dazu einen Fachkongress veranstaltet. Ziel war, die aktuelle Bedeutung dieses Teils der deutschen Vergangenheit aufzuzeigen und neue Impulse für die öffentliche Debatte zu setzen. Seit Bestehen der Fraktion gibt es die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten, welche sich in der 17. Legislaturperiode neu aufgestellt hat und mit derzeit 70 Mitgliedern so groß wie nie zuvor ist. Damit erkennt die Fraktion nach wie vor das Kriegsfolgeschicksal an, aus dem sich eine Einheit ergibt von Vertriebenen, von denen 1,3 Millionen im Bund der Vertriebenen organisiert

sind, von 2,4 Millionen Aussiedlern und von zwei Millionen deutschen Minderheiten in Osteuropa.

Diesen aktuellen Aufwind im Bundestag haben wir genutzt, um zu einem wichtigen Teil der Geschichte Deutschlands zu stehen und uns mit ihren Folgen auseinanderzusetzen. So begleitet unsere Gruppe parlamentarisch das zentrale Gedenkvorhaben des Bundes und eines der wichtigsten Projekte unserer nationalen Identität in Europa – die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung – von Anfang an. Der Gruppenvorsitzende und sein Erster Stellvertreter sind qua Amt Mitglieder des Stiftungsrates.

Das erst jüngst verabschiedete Konzept der geplanten Dauerausstellung ist auf dem Kongress erstmals einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt und diskutiert worden. Für den ganztägigen Kongress mit 300 Teilnehmern ist es uns gelungen, nicht nur namhafte Experten, sondern auch hochrangige Vertreter der Bundesregierung zu gewinnen, die den Stellenwert dieser Thematik in der Fraktion unterstreichen. Die Planung und gelungene Durchführung der Veranstaltung ist dem Geschäftsführer der Gruppe, Herrn Oole, und seinem Team zu verdanken. Aufgrund der enormen Resonanz entstand die Idee zu dieser Sonderausgabe unseres Informationsdienstes, die alle Beiträge und Diskussionen dokumentiert.



© CC BY-SA / CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Foto: Steven Rösler

Vertreibung nicht akzeptieren

Zentrale Botschaft aus unserer Geschichte gelernt



© CC-BY-SA / CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Foto: Steven Rösler

Volker Kauder

Vor dem Hintergrund der dramatischen Entwicklungen im Verlaufe des Zweiten Weltkrieges und danach ist das Thema Vertreibung und Aussöhnung immer noch mit vielen Fragen, Ängsten und Sorgen verbunden. Zentral stellt sich die Frage, welche Botschaft heute von der Befassung mit dem Thema ausgeht.

Ausgangspunkt des Schicksals der Heimatvertriebenen ist die furchtbare Aggressionspolitik des verbrecherischen NS-Regimes. Meine als Deutsche aus Jugoslawien vertriebenen Eltern haben immer klar gesagt, es sei das größte Drama ihres Lebens gewesen, dass die Deutschen als Soldaten in eine Region gekommen seien, in der sie nichts verloren hatten. Auch in Deutschland waren die neuen Deutschen nicht vom ersten Tag an hundertprozentig willkommen und beliebt. Ich selbst habe dieses in der Schule zu spüren bekommen. Auch die Deutschen hier sorgten sich um ihre Zukunft und mussten eng zusammenrücken. Es war nicht klar wie es weitergehen würde. Dass es geglückt ist, hängt vor allem damit zusammen, dass wir wirtschaftlich sehr rasch eine sehr gute Entwicklung in diesem Land genommen haben, dass alle Arbeit gefunden haben, dass es voran ging, dass sich etwas bewegt hat und dass die Menschen trotz der Schwierigkeiten gespürt haben, dass

sie zusammengehören und ein gemeinsames Schicksal haben. Die Heimatvertriebenen haben genau gewusst, dass das Zusammenleben nur gelingen wird, wenn sie ihren eigenen Beitrag leisten und aus ihrer neuen Situation eine persönliche Erfolgsgeschichte machen. Dieses ist gelungen und die Heimatvertriebenen haben einen ungewöhnlichen Beitrag zur Entwicklung Deutschlands geleistet. Das hatte sich die damalige Sowjetunion ganz anders vorgestellt. Die Vertreibung wurde auch als ein Instrument der Destabilisierung des ohnehin schon geschwächten Deutschland gesehen. Es ist anders gekommen und wir können alle dankbar dafür sein.

Aussöhnung, Verständnis und Vergebung setzten voraus, dass altes Unrecht klar beim Namen genannt wird. Dass Aussöhnung in Europa gelungen ist, ist eine großartige Leistung und darauf dürfen wir stolz sein. Die Deutschen haben bis heute einen wichtigen Beitrag dazu geleistet. Die Form der Auseinandersetzung, des uns Befragens und des Zugebens der Schuld findet weithin Anerkennung. In vielen anderen Fällen, wo Unrecht geschehen ist, hat eine solche Auseinandersetzung nicht stattgefunden. Wir kennen die vielen Beschreibungen von Völkermorden in der ganzen Welt, wo das Ausbleiben einer Auseinandersetzung zum ständigen Unfrieden beiträgt. Auch uns ist die Auseinandersetzung schwer gefallen. Sie hat aber letztlich dazu beigetragen, dass wir zu einer starken Demokratie geworden sind.

Mit zunehmendem Wohlstand haben die Heimatvertriebenen hier in Deutschland eine heimatliche Bindung gefunden. Das Unrechtsgefühl, aus angestammten Regionen vertrieben worden zu sein, ist dabei nie verloren gegangen. Mit der Vertreibung ist in der Nachfolge neues Unrecht entstanden. Ich bin dankbar, dass wir heute zu einem Vertreibungsbegriff gekommen sind, der nicht nur die Ge-

schichte im Zweiten Weltkrieg und die Geschichte in der Auseinandersetzung in Europa in den Blick nimmt, sondern weit darüber hinaus geht. Ein Blick in die heutige Zeit zeigt, dass das, was die von Erika Steinbach initiierte Stiftung angeregt hat, aktueller ist denn je. Vertreibung findet heute in der ganzen Welt statt und diese Vertreibung ist Unrecht.

Die aktuellste Vertreibungsgeschichte, über die wir viel zu wenig reden, ist die Vertreibung der Christen aus ihren angestammten Gebieten. Christenfreie Zonen sollen in einem Gürtel in der Welt entstehen. Sie stören, man braucht sie dort nicht, man will sie dort nicht. Darüber dürfen wir nicht schweigen. Vertreibung von Christen aus ihren angestammten Gebieten ist Unrecht. Wenn wir über Aussöhnung als Aufgabe sprechen, dann setzt das voraus, dass wir die Wahrheit und die Fakten ansprechen. Der katholische Bischof von Bagdad hat zu mir gesagt: „Herr Kauder, wenn Sie mal wieder eine Diskussion führen über Religion und die Menschen Ihnen sagen, die Hölle gäbe es nicht, schicken Sie sie vierzehn Tage zu mir, da können sie die Hölle auf Erden erleben.“ Unsere Botschaft muss deshalb sein: „Nie dürfen wir Vertreibung akzeptieren.“ Das ist Unrecht an den Menschen und wird nie zu Frieden führen, sondern immer nur Anlass neuer Auseinandersetzungen sein. Wir haben dies aus unserer Geschichte gelernt. Dafür bin ich dankbar und dafür sage ich auch all denjenigen, die in Vertriebenenorganisationen ihren Beitrag dazu geleistet haben, einen herzlichen Dank.



© CC-BY-SA / CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Foto: Steven Rösler

Historisch-moralische Verpflichtung

Kriegsfolgenbewältigung bleibt zentrales Anliegen der Politik



© CC BY-SA / CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Foto: Steven Rösler

Dr. Christoph Bergner

Kriegsfolgenbewältigung, das heißt die Aufarbeitung der Folgen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, des Zweiten Weltkrieges sowie der nationalsozialistischen Herrschaftsideologie und des Rassenwahns war immer ein zentrales Anliegen der Politik der Bundesrepublik Deutschland, und bleibt bis heute ein zentrales Anliegen der CDU/CSU. Teile der politischen Linken haben Kriegsfolgenbewältigung in Abkehr von der eigenen deutschen Identität zu erreichen versucht. So hat sich beispielsweise die DDR wichtiger Rechtsnachfolgepflichten für das Deutsche Reich entzogen und Kriegsfolgenbewältigung darin verstanden, sich zur Ideologie eines sowjetischen Vasallenstaates zu bekennen.

Die Art der Unionsparteien mit dem dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte umzugehen war anders. Sie haben die Aufgabe, sich der Verantwortung zu stellen, immer mit dem Bekenntnis zur eigenen deutschen Nationalität und Identität verbunden. Für die Union hatte die Kriegsfolgenbewältigung immer zwei Aspekte: Versöhnung und Wiedergutmachung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus und der Aggressionskriege einerseits und andererseits Solidarität und Lastenausgleich mit den Deutschen, die ein besonders schwe-

res Kriegsfolgenschicksal erlitten hatten.

Schließlich war Kriegsfolgenbewältigung seit Konrad Adenauer immer auch Friedenskonsolidierung durch die Schaffung friedensstiftender und friedenssichernder Strukturen. Dieses Anliegen der deutschen Nachkriegspolitik war zum Beispiel Motiv der europäischen Einigungsidee, die durch die Friedensnobelpreisentscheidung großartige Bestätigung gefunden hat.

Die Solidarität mit den Deutschen, die wegen ihrer Volkszugehörigkeit ein schweres Kriegsfolgenschicksal hatten, ist somit untrennbarer Teil der Kriegsfolgenbewältigung, die in der Koalitionsvereinbarung des Jahres 2005 deutlich zum Ausdruck gekommen ist: „Wir bekennen uns auch weiterhin zu der Verantwortung sowohl für diejenigen Menschen, die als Deutsche in Ost- und Südosteuropa sowie in der Sowjetunion unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges gelitten haben und in ihrer jetzigen Heimat bleiben wollen, als auch für jene, die nach Deutschland aussiedeln. Dies gilt insbesondere für die Deutschen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, bei denen das Kriegsfolgenschicksal am längsten nachwirkt.“ Diese Formulierung verdient auch deshalb Beachtung, weil in Rot-Grünen Koalitionsvereinbarungen nichts Vergleichbares zu finden ist. Man hat die historisch-moralische Verpflichtung zur Solidarität nicht ernst genommen und das Kriegsfolgenschicksal dieser Deutschen weitgehend ignoriert. Dabei haben wir allen Anlass diese Schicksale ernst zu nehmen.

Nur beispielhaft will ich hier erwähnen, dass die Russlanddeutschen, ohne Hitler gewählt zu haben nach dem Überfall auf die Sowjetunion Opfer der grausamen Rache Stalins wurden. Sie war, das sollten wir uns in Deutschland klar machen, natürlich auch ein Reflex auf den Versuch Hitlerdeutschlands, die Auslandsdeutschen für eigene Hegemonialpolitik

zu instrumentalisieren. Rumänien war Verbündeter der deutschen Wehrmacht unter Antonescu. Aber als der Machtwechsel erfolgte, waren es die Angehörigen der deutschen Minderheit, die allein wegen ihrer Volkszugehörigkeit zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion geschickt wurden. Den Heimatverbliebenen Deutschen im heutigen Polen wurden Strafmandate dafür verhängt, dass sie deutsch sprachen. In der Übereinkunft zum 20. Jahrestag des Deutsch-Polnischen Freundschafts- und Nachbarschaftsvertrags haben wir auf Wunsch der deutschen Minderheit einen Passus eingefügt, der anregt, die Geschichte der Unterdrückung ihrer nationalen Identität aufzuarbeiten. Im Moment laufen Verhandlungen um dessen Umsetzung. Ich will ruhig sagen, dass das ein Kapitel ist, mit dem sich unsere polnischen Partner durchaus schwer tun.

Die Beispiele zeigen, dass Anlass zu einer besonderen Solidaritätsverpflichtung des deutschen Staates für diese Deutschen besteht. Das Einlösen dieser Verpflichtung war während der Zeit des Eisernen Vorhangs natürlich behindert. Die entscheidende Bewährungsprobe dieser Kriegsfolgenbewältigung erfolgte, als der Eiserner Vorhang löchrig wurde und fiel. Es ist eine besondere Leistung der Regierung Helmut Kohl gewesen, sich der Solidaritätsverpflichtung nicht entzogen zu haben. Helmut Kohl hat im Jahre 1988 das Amt des Aussiedlerbeauftragten geschaffen, um sich dieser Aufgabe angemessen stellen zu können.

Seit dem wird die Solidarität mit den Deutschen mit besonderem Kriegsfolgenschicksal auf zweierlei Weise eingelöst: Zum einen durch Hilfen in ihren heutigen Wohngebieten und zum zweiten durch die Aufnahme von Spätaussiedlern. Die Hilfenpolitik umfasst eine Hilfsleistung von bisher eine Milliarde Euro, die seit 1989 für die Deutschen in den Herkunftsgebieten gewährt wurden. Die Aufnahme-

zahl der Aussiedler beträgt seit 1950 insgesamt 4,5 Millionen, etwa 3 Millionen allein in den Jahren nach 1988/89, wovon 2,2 Millionen Russlanddeutsche waren.

Diesen Kongress möchte ich auch nutzen, um auf die aktuellen Probleme hinzuweisen. Der Rückgang der Aussiedleraufnahmen hat auch mit wachsender Reglementierung der Aussiedlergesetze zu tun. So durch die Beschränkung der pauschalen Kriegsfolgenschicksalsvermutung oder die Einführung von Spracherfordernissen, obwohl der Verlust der deutschen Sprache vor allem eine Folge der Zwangsassimilation war. Wir haben versucht, wenigstens für die durch die wachsenden Reglementierungen tragisch getrennten Familien etwas zu tun. Ich bin vor allem auch der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten dankbar, dass sie dabei den parlamentarischen Prozess zur 9. Novelle des Bundesvertriebengesetzes so tatkräftig unterstützt hat. Umso wichtiger ist es, dass diese gesetzliche Regelung jetzt auch durch die Verwaltungsbehörden zügig umgesetzt wird.

Die wohl problematischste Entwicklung im Umgang mit der historisch-moralischen Solidaritätsverpflichtung geschah in rot-grüner Regierungszeit mit der Beschlussfassung zum Zuwanderungsgesetz, die zur Folge hatte, dass in wesentlichen Gesetzgebungsbereichen die Zuwanderung von Aussiedlern und Ausländern in einen Topf geworfen wurde. Aber Zuwanderung auf der Grundlage des Bundesvertriebengesetzes ist eben nicht irgendeine Zuwanderung, sondern sie ist ein Stück Aufarbeitung des Kriegsfolgenschicksals. Es geht nicht um die mögliche Bevorzugung deutschstämmiger Zuwanderer gegenüber Migranten nichtdeutscher Herkunft. Es geht um die Erfüllung des solidarischen Versprechens der Gründungsväter unserer Demokratie, denjenigen zu helfen, die zuvor von den Nationalsozialisten durch ihren Volkskörpergedanken missbraucht wurden, und die infolge dessen wegen der Schrecken des Krieges in ihren Heimatstaaten stellvertretend für alle Deutschen hart bestraft wurden.

Dieses Anliegen müssen wir bewahren und deshalb den Fehlinterpretationen des Vertriebenenrechts als einfaches Zuwanderungsrecht immer wieder entgegen treten. Wenn wir Aussiedler in die Kategorie der Ausländer stecken, geht oft ihr wichtigstes Integrationsmotiv, ihre Selbstdefinition Deutsche zu sein, durch solch gedankenlose Klassifizierung verloren.

Des Weiteren haben wir im Aussiedlerbereich mit einer Vielzahl sozialpolitischer Herausforderung zu tun. Nicht selten beobachte ich den Mangel an Empathie für die Probleme betroffener Aussiedler. Ein weiteres Problem besteht darin, was unter Integration verstanden wird, wenn von Aussiedlern gesprochen wird. Bei allen Herausforderungen, die es teilweise auch bei zugewanderten Russlanddeutschen gibt, ist die Integration der Spätaussiedler gelungen und sie ist eine Erfolgsgeschichte. Was bedeutet aber Integration von deutschen Aussiedlern unter dem Gesichtspunkt der Kriegsfolgenbewältigung?

„Aussiedler und Ausländer in einen Topf geworfen“

Es ist kein Problem, Aussiedlern als deutsche Staatsbürger irgendeinen Platz in unserer Gesellschaft zu geben. Wenn wir aber die Integration der Aussiedler ernst nehmen, und unter dem Gesichtspunkt des Kriegsfolgenschicksals betrachten, muss damit ein Stück kultureller Rehabilitation verbunden sein. Integration heißt dann, diesen Menschen Raum zu geben um ihr eigenes Stück deutsche Kultur zu entfalten, zu entwickeln und zu gestalten. Dass Ausländerintegration anderen Leitbildern folgt als Aussiedlerintegration, ist eines der Alltagsprobleme, mit denen ich mich auseinandersetzen muss. Dies ist ein Thema, das uns, auch für die Zukunft beschäftigen sollten, wenn es um Kulturmaßnahmen nach § 96 Bundesvertriebengesetz gehen wird. Ich komme nun zur Hilfenpolitik und verweise auf die eine Milliarde, die in der Summe als Leistung des

Bundesinnenministeriums für die Deutschen in den Herkunftsgebieten der Aussiedler ausgegeben wurden, 650 Millionen allein in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Und wenn wir einen Haushaltstitel suchen, der unter Rot-Grün am meisten geschrumpft ist, dann ist es der Hilfenittel. Gewiss bestand seinerzeit Anlass, die investiven Leistungen zurückzuführen. Aber es besteht weiter Anlass zur Hilfe. Neben den humanitären Hilfen, die vor allem für die unmittelbar Betroffenen vorgesehen sind, finanzieren wir gemeinschaftsfördernde Maßnahmen, die die Selbstorganisationen der Deutschen stärken sollen. Es sind Projekte, die die Erhaltung der deutschen Identität unterstützen.

Von zentraler Bedeutung ist dabei die deutsche Sprachbindung. Wir berufen uns auf den Umstand, dass der Verlust deutscher Muttersprache Kriegsfolgenschicksal ist. Das tun wir jedenfalls in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und das ermöglicht uns, neben den kostenpflichtigen Angeboten des Goethe-Instituts, in den Begegnungstätten deutsche Sprachbildungsangebote zu finanzieren. Konfliktfrei ist dieses Nebeneinander in der Sache nie gewesen. Wenn wir uns den Bericht zur auswärtigen Kulturpolitik ansehen, den das Auswärtige Amt regelmäßig herausgibt, dann spielen die deutschen Minderheiten darin eine marginale Rolle. Hier stößt man in der auswärtigen Kulturpolitik an Grenzen. Ich verstehe, dass die auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland eine besonders schwere Hypothek zu tragen hat, aber müssen wir hier nicht im Sinne wohlverstandener Kriegsfolgenbewältigung einen neuen Ansatz suchen? Den deutschen Minderheiten droht in besonderer Weise die kulturelle Auszehrung, die sich an dem fortschreitenden Verlust der Sprachbindung bzw. an der Nichtwiedererlangung der durch Zwangsassimilation verlorenen Sprachbindung widerspiegelt. Und die Siedlungsgeschichte der Deutschen in Europa ist in den allerwenigsten Fällen, von Eroberung geprägt, sondern es waren Gerufene, die kamen um europäische Kultur zu gestalten.

Die seelischen Trümmer beseitigen

Die Enkelgeneration sucht neue Wege zur Geschichte



Andreas Stopp

Klein wirkt der Rucksack in den Händen von Andreas Stopp. Sein Besitzer ist ihm längst entwachsen, der grobe Stoff, die einfachen Lederriemen stammen aus einer vergangenen Zeit. Als ihm das Familienerbstück noch passte, war es Andreas Stopp ein treuer Reisebegleiter. „Irgendwann habe ich unter den Riemen mal eine kleine Nadel entdeckt, ein Abzeichen der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Ich hatte keine Ahnung, worum es dabei ging. Ich wusste nicht mal, wo der Rucksack herkommt – von meiner Mutter, meinem Vater?“ Andreas Stopp, Jahrgang 1958, heute Redakteur beim Deutschlandfunk und Moderator der Diskussionsrunde, die die Kriegsenkel in den Mittelpunkt rückt, hätte seine Eltern damals einfach fragen können. Dass er es nicht tat, nennt er symptomatisch für seine Generation: „Wir haben nie sehr viel gefragt. Ich weiß nicht, was hier drin war, was dieser Rucksack erlebt hat.“ Gut möglich, dass er einst den Vater begleitet hat auf dem beschwerlichen Weg vom Riesengebirge in den Westen.

Ungestellte Fragen prägen auch Merle Hilbk als Erwachsene. „Ich hatte so eine Gerechtigkeitssehnsucht. Ich habe immer nach etwas gesucht, aber

ich wusste nicht, wonach.“ Erst Jahre später, als Journalistin, wird sie, die 1969 in Düsseldorf geboren wurde, es herausfinden: „Das war eine Trauer, die in unserer Familie steckte. Eine Trauer, über die niemand geredet hat. Das Gefühl, dass irgendwas nicht stimmte. Ein Vakuum.“

Das Vakuum füllt sich, als Merle Hilbk über Flüchtlinge aus Zentralasien schreibt. „Mir sind Bilder in den Kopf gekommen, die waren gar nicht meine eigenen. Ein Junge, der über ein Feld läuft und sich in die Mulden duckt. Ich habe auf einmal eine wahnsinnige Angst gespürt. Eine Angst, die gar nicht meine eigene war. Ich weiß nicht, wie diese Bilder in meinen Kopf gekommen sind, aber es war original das, was mein Vater erlebt hatte.“

Versöhnung mit den Eltern

Den Vater darauf anzusprechen, kostet Überwindung. Und zu den alten Fragen kommen neue: „Es gab bis dahin nur kleine Bemerkungen, die darauf hinwiesen, dass er einen Vertriebenenhintergrund hat. Da hab ich gedacht, das gibt's nicht. Wie kann man ein ganzes Leben lang nicht darüber reden?“

Aber Merle Hilbk findet auch Antworten. Begreift plötzlich, warum sie sich auf ihren Reisen in Russland immer wie Zuhause gefühlt hat, obwohl der Urgroßvater sie so eindringlich vor diesem Land gewarnt hatte. Begegnet einem Großonkel, der als Kind von der Wolga nach Kasachstan verbannt wurde. Lernt Russisch. Vor allem aber lernt sie, dass ihre Reisen in die väterliche Heimat der ganzen Familie ein Stück Identität wiedergeben: „Es ist eine Art der Versöhnung mit den Eltern. Sie mussten nach dem Krieg die wirklichen Trümmer wegräumen. Unsere Aufgabe ist es, die seelischen Trümmer zu beseitigen.“

Auch Rick Ostermann ist einer, der Trümmer beiseite räumt, indem er sie sichtbar macht. Demnächst zeigt der 34-Jährige Regisseur und Drehbuchautor seinen Film „Wolfskinder“, die Geschichte ostpreußischer Waisen, die eigenständig nach Litauen fliehen und dort ein neues Leben beginnen. „Ich hatte gehofft, das hier heute nicht erklären zu müssen“, sagt Rick Ostermann, dabei weiß er, dass Fragen immer am Anfang stehen.

„Mein Onkel, der aus Oppeln stammt, erzählt sehr viel, wenn ich nachfrage. Ich höre das gern, auch zum zweiten und dritten Mal.“ Und Ostermann las auch den Bericht seiner Großtante, die sich das Trauma ihrer Vertreibung von Oppeln nach Sibirien von der Seele schrieb. „Das war für mich der Schlüssel, dass ich mich für meine Familie und ihre Geschichte interessiert habe. Dann bin ich irgendwann auf diesen Begriff gestoßen und fand das wahnsinnig spannend, was die ‚Wolfskinder‘ auf sich genommen haben.“

Im Sommer dieses Jahres hat Rick Ostermann ihr Schicksal an Originalschauplätzen verfilmt – und auch einige echte Wolfskinder getroffen, die jetzt über 80 Jahre alt sind. „Das macht den Blick offener. Ein kleines, aber exemplarisches Schicksal für das, was auf der ganzen Welt passiert“, sagt Ostermann. Ein Schicksal aber auch, das Nachgeborene kaum nachvollziehen können. Das machte die Dreharbeiten mit den Kinderdarstellern zur Herausforderung: „Erklären Sie mal einem 12-Jährigen aus Hamburg, der einfach den Kühlschrank aufmacht und sich eine Milchschnitte herausholt, was Hunger ist!“

Dürfen Deutsche Opfer sein?

Für die Erwachsenen stellen sich Herausforderungen anderer Art. Als Ostermann im Schneiderraum sitzt, bittet ihn eine Kollegin, ihren Namen aus dem Abspann zu nehmen. Sie

wolle nicht in Verbindung gebracht werden mit einem Film, der Deutsche als Opfer des Zweiten Weltkrieges zeigt. „Ich habe lange mit ihr diskutiert, aber ich konnte ihr das nicht plausibel machen. Für mich ist das ein Ansatz, Jüngeren zu erklären, dass ich den Film nicht drehe, weil ich Re-

Raschs Kindheit gerade zwei Schulen in der ganzen Woiwodschaft, die Deutsch als Schulfach anboten. Heute unterrichten 200 Schulen Deutsch als Minderheitensprache – aber das nach wie vor nur drei Wochenstunden. Weil die polnische Regierung dachte, die Oppelner hätten die Sprache

„sehr unwissend und sehr naiv“ an das Thema herangehe. Umso wichtiger ist es ihm, endlich einen Gedenktag für das Thema Flucht und Vertreibung einzurichten. „Wie wollen wir Jüngere an das Thema heranzuführen, wenn wir keine Anlässe schaffen?“

Gerade in einem Europa ohne Grenzen müsse man die Jugend mit der Vergangenheit zu konfrontieren: „Das ist wie beim Autofahren. Ich muss hin und wieder auch in den Rückspiegel sehen und komme nur voran, wenn ich weiß, woher ich komme.“ Im Gespräch mit jungen Politikern jedenfalls beobachtet Mayer eine größere Aufgeschlossenheit gegenüber der Vertriebenenthematik als in der Generation seiner Eltern, die sich ihres Familienschicksals teilweise geschämt habe. Diese neue Offenheit will er fruchtbar machen:

„Wir leben in einer Übergangszeit von der Erlebnisgeneration zur Bekenntnisgeneration. Wenn wir die Jungen heute verlieren, sie nicht für dieses Thema interessieren und den einen oder anderen vielleicht sogar begeistern können, dann brauchen wir uns um weitere Generationen keine Gedanken mehr zu machen, dann ist es verloren.“

Aber es gibt ja noch den Rucksack von Andreas Stopp. Was, fragt der Moderator, wollen wir von all dem mitnehmen? Norbert Rasch zückt ein Buch, „Deutsche in Polen“. Rick Ostermann packt Kinokarten dazu, auf dass viele Leute seinen Film sehen. Merle Hilbk stopft Fotoalben hinein, die auf Speichern liegen. Stephan Mayer legt noch einen Kompass obendrauf: Ohne den, sagt er, verliere man schnell die Orientierung.

vanchist bin, sondern weil es unsere Geschichte ist und weil es wichtig ist, dass wir diese Geschichte kennen und verstehen.“

Kinofilm über die Wolfskinder

Deutscher zu sein und Opfer zugleich – Norbert Rasch hat das schon als Kind in ein Dilemma gestürzt. In seiner oberschlesischen Schule hörte er, der 1971 nahe Oppeln geboren wurde, nur von den Gräueltaten der Deutschen. Die Eltern schwiegen sich aus. Aber die Uroma – die hat doch noch ganz andere Geschichten erzählt. Wem sollte er glauben? „Es ist schwierig, jeden Tag mit zwei Welten konfrontiert zu sein. Bis heute leben wir als Deutsche in Polen in diesen zwei Dimensionen.“

Früher hat sich der 41-Jährige geschämt, für Hitler, für das eigene Deutschsein. Heute sagt er: „Ich bin kein Pole. Ich bin Deutschstämmiger.“ Und bemüht sich als Abgeordneter des Regionalparlaments in der Woiwodschaft Oppeln, Brücken zu bauen zwischen polnischen und deutschen Schlesiern: „Wenn wir zur Aussöhnung kommen, zusammenwachsen wollen, müssen wir über alles sprechen, aber uns nicht mehr schämen.“

Eine Million Menschen wohnen in der Region Oppeln, jeder Dritte hat deutsche Wurzeln. Und doch gab es in

schon von ihren Eltern gelernt und bräuchten nur noch den letzten Schliff. Die Scham der Deutschen hatte sie nicht einkalkuliert. „Wir kamen mit Nichts in die Schule“, sagt Norbert Rasch. „Ich selbst habe erst mit 16 angefangen, Deutsch zu lernen, obwohl meine Eltern es ganz wunderbar sprechen. Sie haben sich einfach nicht getraut, es mir beizubringen.“

Anlässe des Gedenkens schaffen

Stephan Mayer ist froh, dass die Enkelgeneration selbstbewusster ist. Als stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe Vertriebene, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion und Enkel sudetendeutscher Großeltern will der 39-Jährige dem Leiden der 15 Millionen Vertriebenen mehr Präsenz einräumen. Präsenz vor allem in den Köpfen der jungen Generation, die oft



© CC BY-SA / CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Foto: Steven Rösler



© CC BY-SA / CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Foto: Steven Rösler

Flucht, Vertreibung und Versöhnung?

Das Konzept der geplanten Dauerausstellung in Berlin



Dr. Reinhard Müller

Einen kleinen Seitenhieb auf den Arbeitgeber des Moderators kann sich Manfred Kittel, Direktor der Stiftung Flucht, Vertreibung und Versöhnung (SFVV), gleich zu Beginn der Diskussion nicht verkneifen: „Aus der Geschichte unserer Konzeption kann man lernen, dass auch schwierige Prozesse gelingen können, wenn die Beteiligten den Willen zum Erfolg teilen - selbst wenn vorher in Blättern, hinter denen immer ein kluger Kopf steckt, noch zu lesen war, eine Konzeption für die Ausstellung im Deutschlandhaus bedeute die Quadratur des Kreises.“

Tatsächlich hatte nicht nur die FAZ Bedenken, ob zwei so unterschiedliche Gremien wie der ausschließlich mit Deutschen besetzte Stiftungsrat der SFVV und der internationale Wissenschaftliche Beraterkreis ein gemeinsames Ausstellungskonzept zu einem der schwierigsten Themen der jüngeren Geschichte, zu Flucht und Vertreibung, entwickeln können. „Die Wissenschaftler aus den USA, Polen, Ungarn und der Schweiz haben natürlich eine völlig anders geartete Sicht auf die tragische Geschichte Europas im 20. Jahrhundert als der rein national zusammengesetzte Stiftungsrat. Es war schwierig, da zu seinem Konsens zu kommen – aber letztlich klappte das erstaunlich schnell“, sagt

Hochschul-Professor Stefan Troebst, der an der Universität Leipzig Kulturstudien Ostmitteleuropas lehrt und dem wissenschaftlichen Beraterkreis vorsitzt.

Das gemeinsame Ringen hat sich ausgezahlt. Die vielfältigen Perspektiven der Akteure machten es am Ende wohl erst möglich, dem historischen Geschehen in seiner ganzen Differenziertheit gerecht zu werden. Für Stiftungsdirektor Manfred Kittel war es entscheidend, das ganze 20. Jahrhundert in den Blick zu nehmen: „Erst 1938/39 zu beginnen, hätte ich als unzureichend empfunden. Wir müssen Flucht und Vertreibung der Deutschen europäisch einbetten und die ganze Genese dieser fatalen Utopie des ethnisch homogenen Nationalstaats in den Blick nehmen. Die griechisch-türkische Zwangsmigration in den Balkankriegen, der erste Weltkrieg, die Verträge von Versailles und Lausanne – diese breite Vorgeschichte ist wichtig, um zu verstehen, wie es zu Vertreibungen kommt. Wobei der nationalsozialistische Kontext auch eine wichtige Rolle spielen muss, weil es nun mal die Nationalsozialisten waren, die dieses schreckliche Instrumentarium der ‚ethnischen Säuberung‘, bis dahin vorwiegend auf dem Balkan und in Kleinasien angewandt, in großem Stil mitten nach Europa hinein geholt haben. Auch hier ist die Konzeption erfreulich differenziert.“

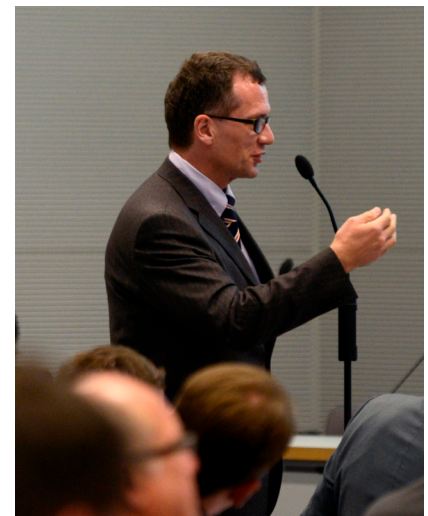
Das ganze Panorama zeigen

Norman Naimark, Professor an der kalifornischen Stanford-University, war mittendrin, als beide Gremien darum rangen, mit welchem Gewicht sich nationale und europäische Aspekte in den Leitlinien widerspiegeln sollen. „Gekämpft haben wir nicht, aber wir haben uns auseinandergesetzt. Für mich war das ein wunderbarer Prozess“, sagt der amerikanische Historiker. „Auch in unserem Konzept wird deutlich, dass es Konflikte gibt. Es ist kein eindeutiges Papier. Geschichte ist eine Erzählung, die eine

Thesis hat und eine Antithese. Es ist nicht einfach, das in einem Museum zu präsentieren. Aber es ist eine gute Geschichte.“

Erinnerung ist nicht Revanchismus

Eine Geschichte, die die Öffentlichkeit nicht nur mit Interesse, sondern auch mit Argusaugen verfolgt. Es gibt wohl nur wenige Ausstellungen, die so viel Fingerspitzengefühl erfordern wie diese, die das Leiden der Deutschen im und am Zweiten Weltkrieg in den Fokus rückt. „Über dieser ganzen Idee liegt ja der Verdacht, dass sie Vorschub leisten könnte für falsche Ansprüche. Das Feld ist, das muss man ja sagen, vermint und bereit, jederzeit wieder in Bewegung zu geraten“, meint Karl Schlögel, Professor für die Geschichte Osteuropas an der Europa-Universität in Frankfurt (Oder). Umso mehr würdigt er den Fortschritt in der Debatte, die er inzwischen als „enthysterisiert“ empfindet. „Ich hatte die Nase voll von diesen ewigen Graben- und Lagerkämpfen, die für die späte Bundesrepublik kennzeichnend waren und auch nach 1989 mitgeschleppt wurden“, sagt Schlögel. Er wünsche sich eine Situation, „in der wir uns sagen können, was gesagt werden muss - ohne Bitterkeit und ohne Feigheit.“



Prof. Dr. Michael Schwartz

Der Verdacht des Revanchismus überschattete gelegentlich auch die Arbeit von Norbert Conrads, Hochschul-Professor am Historischen Institut der Universität Stuttgart. Wie vielfältig der Blick auf die Geschichte sein kann, ja sein muss, zeigt einer seiner letzten Arbeitsschwerpunkte: Der gebürtige Breslauer erforschte die jüngere Geschichte des schlesischen Judentums – und musste sich sagen lassen, es sei unstatthaft, sich überhaupt wissenschaftlich mit Schlesien zu befassen: Das sei doch abgetreten. „Da musste ich erst darum ringen, dass es in der Tat ein Bestandteil unserer Geschichte ist, fern aller Überlegungen revanchistischer Art. Es gehört zum kulturellen Erbe, und das ist die Voraussetzung dessen, was im Deutschlandhaus gezeigt werden soll.“

Nach Meinung Karl Schlögels trügen letztlich aber auch Kongresse wie dieser dazu bei, über sehr konträre oder gar erbitterte Auseinandersetzungen hinwegzukommen und das Thema „zurückzuholen aus den Rändern, an die es verbannt worden ist.“ Denn nur aus der Mitte der Gesellschaft heraus, davon ist Schlögel überzeugt, können Flucht und Vertreibung „integraler Bestandteil der deutschen und der europäischen Geschichte werden“ – oder, wie es der Amerikaner Norman Naimark treffsicher formuliert, „eingebaut werden in das eigene Bild von sich selbst und die Erzählungen darüber, was Deutschland heißt.“

Verantwortung für die Erinnerung kommender Generationen

Als einziger „Museumspraktiker“ auf dem Podium betont Joachim Mähner, Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg, die „enorme Verantwortung“ der Ausstellungsmacher: „Wir bewegen uns in einer wichtigen Phase, in der die Erinnerung an Flucht und Vertreibung musealisiert, also das kommunikative Gedächtnis in ein kulturelles Ge-

dächtnis übertragen wird. Die Stiftung stellt jetzt die Weichen dafür, was tatsächlich im Gedächtnis unserer Nation und auch im grenzüberschreitenden Gedächtnis übrig bleibt.“ Umso wichtiger sei es, auch die Adressaten genau im Blick zu haben: „Wir haben ein Projekt, das zehn Jahre in der Warteschleife war. Die Er-



© CC BY-SA / CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Foto: Steven Rösler

lebnisgeneration wartet seit Jahrzehnten darauf, dass sie mit einem solchen Ausstellungsprojekt endlich angemessen gewürdigt wird. Aber diese Besuchergruppe wird in zehn, zwanzig Jahren nicht mehr kommen wollen.“

Der Museumsdirektor hält es für eine zusätzliche Schwierigkeit, dass die Ausstellung im Deutschlandhaus um eine Tragödie kreist. „Wir leisten in Lüneburg ja etwas ganz anderes. Wir stellen eine mehrhundertjährige Geschichte einer sehr reichen Kulturlandschaft dar. Das ist sehr viel mehr als einfach nur die Katastrophe von Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert. Es gelingt uns so eher, positive Brücken zu bauen. Der gemeinsame Reichtum einer deutschen Kulturtradition, die jetzt im Osten von den heutigen Bewohnern mit großer Begeisterung aufgenommen wird, ist ein ungeheures Fundament. Denn Europa lässt sich nicht allein auf dem Grund einer negativen Idee aufbauen.“

Ein Gedanke, so Stiftungsdirektor Manfred Kittel, der auch die SFVV permanent umtreibe. „Wir zeigen sicherlich eher das Frische Haff im Januar 1945 als die Rominter Heide im Herbst 1925 bei der Hirschbrunft. Aber dennoch gibt es ja auch bei uns nicht nur dieses ganz schreckliche Thema. Wir werden den kulturellen

Reichtum zumindest anstrahlen können, wenn er auch nicht bestimmend sein wird.“

Das Deutschlandhaus werde kein „Wohlfühlmuseum“, aber auch dort böte sich eine ganze Palette von Themen, die den Besuch interessant mache.

Karl Schlögel, der Osteuropa-Experte der Frankfurter *Viadrina*, meint, man könne das Interesse der Nachgeborenen wecken, indem man ihnen klar mache, was auch sie selbst im

Krieg verloren haben. „Wir haben uns herauskatapultiert aus einer jahrhundertalten Nachbarschaft. Das ist ein so gravierender Eingriff in die gesamte geschichtliche Formation, in der die Deutschen verankert waren. Ich würde sagen, das steht neben dem Zivilisationsbruch. Wir sind herausgefallen aus einem Kontext, sich über Generationen aufgebaut hat und ungemain fruchtbar war. Einige der glänzendsten deutschen Großstädte, Breslau, Königsberg, sind nicht mehr. Zu verstehen, was das bedeutet und diesen Verlust wirklich zu verarbeiten, das ist nicht allein Sache der Vertriebenen, das ist Sache der ganzen deutschen Gesellschaft.“

Die Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung wurde am 30. Dezember 2008 als Stiftung des öffentlichen Rechts in Berlin errichtet. Träger ist das Deutsche Historische Museum. Zweck der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung ist es, im Geiste der Versöhnung die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert im historischen Kontext des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik und ihren Folgen wachzuhalten. Flucht und Vertreibung der Deutschen bilden einen Hauptakzent der Stiftungsarbeit und werden im Zusammenhang europäischer Vertreibungen im 20. Jahrhundert dargestellt. Weitere Informationen: www.sfvv.de

Bund erhöht Kulturförderung nach § 96 BVFG

Kulturerbe im Osten — Bedeutender Teil der deutschen Identität

© CC BY-SA / CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Foto: Steven Rösler



Bernd Neumann

Ich begrüße es außerordentlich, dass sich die CDU/CSU-Fraktion des Themas „Deutschlands Arbeit an den Kriegsfolgen seit 1945“ mit einem eigenen Kongress angenommen und es in die Perspektive der Aussöhnung gestellt hat. Als Kulturstaatsminister bin ich mit verschiedenen Aspekten dieser Arbeit befasst, deren brückenbildende, vermittelnde Wirkung für mich außer Zweifel steht. Ich erwähne hier eingangs nur die Gedenkstättenförderung des Bundes, die ebenfalls von meinem Haus betreute Aufgabe der Kulturgüterrückführung sowie selbstverständlich die Kulturförderung des Bundes nach § 96 Bundesvertriebenengesetz.

Die Folgen des Zweiten Weltkrieges durchdringen in vielfacher Hinsicht nach wie vor die politischen Landschaften in Deutschland und Europa. Wie kann es nach einem verheerenden Krieg dieses Ausmaßes, den Verbrechen unter dem Nationalsozialismus und dem Zivilisationsbruch des Holocaust auch anders sein?

Die Kriegsfolgen trafen Deutsche in den damaligen Ostgebieten des Deutschen Reichs und in den Siedlungsgebieten des östlichen Europa besonders hart: Die Meisten mussten fliehen oder wurden gezwungen, ihre angestammte Heimat aufzugeben. Ich selbst habe das als Flüchtling aus Elbing in Westpreußen am eigenen Lei-

be erlebt. In dem von Knappheit beherrschten, ausgezehrt Nachkriegsdeutschland wurden Flüchtlinge oftmals nicht mit offenen Armen empfangen.

Die insgesamt sieben vom Bund geförderten Landes- und Spezialmuseen machen diese Geschichte und das Kulturerbe der Deutschen im östlichen Europa für jedermann erfahrbar. Sie verstehen ihre Arbeit als zukunftsorientierte Aufgabe. Das Bewahren der Erinnerung an eine für immer verlorene Lebenswelt bestimmt den einen Teil der Ausstellungsaktivitäten. Ziel ist zunehmend aber auch, den Blick zu öffnen für ehemals deutsche Provinzen und Siedlungsgebiete, in denen durch ihre heutigen Bewohner Kunst und Kultur in einer ganz eigenen Weise geprägt werden. Der BKM investiert bewusst in die Zukunftsfähigkeit dieser Museen und ihrer Aufgaben. Der Ausbau und die Modernisierung des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg und seine Erweiterung um eine deutschbaltische Abteilung stehen unmittelbar bevor.

Das Westpreußische Landesmuseum Münster wird in Kürze in das ehemalige Franziskanerkloster in Warendorf umziehen, verbunden mit einer umfassenden Modernisierung der Dauerausstellung, was mich als gebürtigen Westpreußen auch ganz persönlich freut.

Eine hervorragende Ergänzung der Museumsarbeit bilden die auf dem Gebiet der kulturellen Vermittlung tätigen Kulturreferentinnen und -referenten. Zugleich sind sie in besonderer Weise Ansprechpartner und Förderer von kulturellen Projekten der Landsmannschaften. Für diese spezielle Aufgabe wurden die Etats der Kulturreferenten 2006 zweckgebunden um 180.000 Euro jährlich erhöht. Die Kulturreferentinnen und -referenten leisten eine ausnehmend ideenreiche kulturelle Bildungs- und Jugendarbeit.

Nach außen wahrnehmbare Leuchzeichen sind naturgemäß Maßnahmen zum Erhalt deutscher Bau- und

Kulturdenkmäler. Beispielhaft erwähne ich die Sanierung der Marienkirche in Chojna, dem früheren Königsberg in der Neumark, oder die Restaurierung des mittelalterlichen „Jerusalem-Hospitals“ unweit der weltberühmten Marienburg im polnischen Malbork.

Im vergangenen Jahr war ich Zeuge einer besonders schönen „Synergie“ von deutschem Kulturerbe und heutiger Nutzung, als die Peter-Maffay-Stiftung im rumänischen Radeln ihr „Kinderhaus Rumänien“ eröffnete – benachbart und in Verbindung zur historischen Kirchenburg, deren Erhalt von meinem Haus gefördert wird. Ich meine, plastischer ist kaum zum Ausdruck zu bringen, dass unser deutsches Kulturerbe im östlichen Europa in Gegenwart und Zukunft eine überbrückende und aussöhnende Wirkung entfalten kann.

„Wir müssen wissen, woher wir kommen“

Ein großer Teil der von uns geförderten Kulturprojekte wird in Kooperation mit Partnern aus unseren östlichen Nachbarländern durchgeführt. Längst hat sich dort die Erkenntnis durchgesetzt, dass das kulturelle Erbe der Deutschen in engem Bezug zur eigenen Kultur- und Gesellschaftsgeschichte steht. Bei meinen verschiedenen Reisen nach Osteuropa und Gesprächen mit meinen Amtskollegen z. B. in Warschau, Budapest oder im rumänischen Radeln – auch bei Begegnungen mit der Bevölkerung vor Ort – habe ich mich davon überzeugen können, dass ein großes Interesse an Zusammenarbeit vorhanden ist.

Bezeichnenderweise sind die im Ausland eingerichteten und von uns finanzierten Stiftungsprofessuren für deutsche Kultur und Geschichte ein Erfolgsmodell: Sämtliche Lehrstühle an den Universitäten in Olmütz (Tschechien), Klausenburg (Rumänien) und Fünfkirchen/Pécs (Ungarn)



wurden nach Auslaufen der Stifterphase mit einheimischer Finanzierung fortgeführt.

Heutzutage wird das gemeinsame Erbe ganz selbstverständlich in grenzüberschreitenden Kooperationen bewahrt, erforscht und vermittelt. Um mit dem bekannten ostpreußischen Schriftsteller Arno Surminski zu sprechen: „Wir müssen wissen, woher wir kommen, damit wir erfahren, wohin wir gehen.“

Das Kulturerbe der historischen deutschen Ost- und Siedlungsgebiete hat mittlerweile einen festen Platz in unserer Erinnerungsarbeit. Mehr als das: Dieses Erbe lebt! Denn junge Deutsche zeigen vermehrt Interesse, nicht aufgrund eigener Herkunft – das auch –, sondern aus wachsender historischer Neugier heraus.

Unsere Fraktion hat diese Entwicklung aufgegriffen und in dem Antrag „60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ unter anderem auf die Bedeutung der Förderung wissenschaftlichen Nachwuchses hingewiesen. Es ist vor diesem Hintergrund als großer Erfolg und als Bestätigung unserer Bemühungen zu werten, dass mein Ressort seit 2011 an der Forschungsinitiative des Bundes partizipiert. Dies unterstreicht die wissenschaftspolitische Aktualität und gesellschaftliche Relevanz des Themenfeldes.

Mein Haus hat ein Akademisches Förderprogramm aufgelegt, mit dem insbesondere Nachwuchswissenschaftler und innovative Projekte gefördert und die Thematik an den Universitäten verankert werden soll. Von 2011 bis 2014 stehen dafür im Schnitt 800.000 Euro jährlich zur Verfügung.

Die Resonanz auf die bisherigen Projektausschreibungen im Rahmen des Programms ist überwältigend: Es gingen weitaus mehr Anträge ein, als gefördert werden konnten; viele neue Kooperationspartner konnten gewonnen werden. Zudem hat der BKM zwei Juniorprofessuren ausgeschrieben; den Zuschlag erhielten die Universität Tübingen und die TU Berlin.

Das Modell der Juniorprofessuren ist besonders erfolgversprechend, da es in der heutigen, reformgeprägten Universitätslandschaft gut angenommen wird. Ziel ist die Schaffung von Forschungsschwerpunkten, die in der Universitätsstruktur verankert sind und selbstbewusst den Fokus auf die Geschichte und Kultur der Deutschen im östlichen Europa legen.

Offenbar wirkt der BKM damit beispielgebend. Ich freue mich zu hören, dass in Bayern von Landesseite über die Einrichtung vergleichbarer Juniorprofessuren nachgedacht wird. Dies alles stimmt erwartungsvoll. Das Akademische Förderprogramm hat das Potenzial, zu einem Motor der Wissenschaftsförderung nach dem Bundesvertriebenengesetz zu werden, bei dem mit durchaus überschaubaren Mitteln viel bewirkt werden kann. Dieses erfolgreiche Programm muss unbedingt auch nach 2014 fortgesetzt werden!

Die so eben diskutierte „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ wird die bestehende Kultur- und Wissenschaftsförderung des Bundes nach dem Vertriebenengesetz sinnvoll ergänzen. Als Vorsitzender des Stiftungsrates freue ich mich besonders, dass in diesem Jahr mit dem erfolgreichen Abschluss des Architektenwett-

bewerbs und der einvernehmlichen Verabschiedung der Ausstellungskonzeption zwei Meilensteine gesetzt wurden.

Die Tageszeitung „Die Welt“ hat das Konzept als „großen Schritt für bessere Nachbarschaft und gegenseitiges Verständnis“ gewertet. Die auch sonst erfreulich positive Berichterstattung im In- und Ausland verdeutlicht, dass die Konzeption auf breite Akzeptanz stößt und als ausgewogen empfunden wird. Ich bin stolz darauf, dass dieses gelungen ist.

Ich danke an dieser Stelle besonders den sechs Mitgliedern des Bundes der Vertriebenen im Stiftungsrat für ihre kompetente und vertrauensvolle Mitarbeit; aber auch den Vertretern des Deutschen Bundestages, wie Klaus Brähmig und Stephan Mayer! Dem Stiftungsrat stand ein prominent besetzter internationaler Wissenschaftlicher Beraterkreis unterstützend zur Seite.

Stellvertretend für diesen danke ich den anwesenden Professoren, dem Vorsitzenden Stefan Troebst und Professor Norman Naimark. Aber eines möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich feststellen: Ohne die Initiative und Beharrlichkeit der Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen und MdB-Kollegin Erika Steinbach gäbe es dies alles nicht! Deshalb sage ich Dir, liebe Erika, ein herzliches Dankeschön für Deinen langjährigen, engagierten Einsatz. Durch den Umbau des Deutschlandhauses erhält die Stiftung an historischem Ort und in bester Lage einen zeitgenössischen Museumsbau mit mehr als 3.000 Quadratmetern Nutzfläche, der in der Berliner Gedenkstättenlandschaft keinen Vergleich zu scheuen braucht.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass ich den Etat zum Erhalt und zur Pflege des Kulturerbes der Deutschen im östlichen Europa in meiner Amtszeit von 13 Millionen auf 17 Millionen Euro erhöht habe. Ich bin davon überzeugt, dass dieses Geld gut investiert ist! Denn es geht um nichts weniger als einen bedeutenden Teil unserer Geschichte und unserer deutschen und europäischen Identität.

Auf der Suche nach der verlorenen Zeit

Aussöhnung der Deutschen mit ihrer Vergangenheit



Prof. Dr. Michael Stürmer

„Gibt es nach einer solchen moralischen Insolvenz ein Recht auf Trauer, um die verlorene Zeit, die Heimat, die Unschuld, die Nächsten?“ Michael Stürmer, Chefkorrespondent der Welt und Moderator der letzten Diskussionsrunde, die das Zeug hat zu einer Initialzündung für weitere Diskussionen, macht gleich in seiner ersten Frage deutlich, dass er auch Historiker ist – ein Historiker zumal, der 1986 in der FAZ schrieb, dass „Orientierungsverlust und Identitätssuche“ Geschwister seien und in einem „geschichtslosen Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet.“

Erika Steinbach, seit 1998 Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, bricht den Gedanken herunter auf die persönliche Aufarbeitung von Flucht und Vertreibung: „Die große politische Gemengelage ist das eine. Aber das Unglück des kleinen Mannes, der kleinen Frau kommt dabei nicht vor.“ Dabei sei die Fähigkeit, sich mit dem eigenen Schicksal auseinanderzusetzen, ohne in politische Rachegedanken zu verfallen, eine Notwendigkeit – eine Notwendigkeit allerdings, der sich das öffentliche Deutschland über Jahrzehnte hinweg weitestgehend versagt habe. Dass die persönliche Vergangenheitsbewältigung zudem

grundlegend sei für die Versöhnung mit den östlichen Nachbarstaaten, unterstreicht Steinbach mit einem Zitat des französischen Philosophen Raymond Aron: „Wer nicht fähig ist, über die eigenen Toten zu trauern, wird über die Toten anderer erst recht nicht trauern.“

Auch das individuelle Leiden mündete in Deutschland in ein „kollektives Schweigen“, das der „Aneignung des eigenen Schicksals“ im Wege stehe, bestätigt Michael Ermann. In rund hundert Interviews mit Angehörigen der Jahrgänge 1936 bis 1945 stieß der Psychoanalytiker bei aller Unterschiedlichkeit in der Verarbeitung von Kriegstraumata auf eine entscheidende Gemeinsamkeit: „Die Generation der Kriegskinder, die damals noch sehr klein und deshalb relativ geborgen waren trotz Bombardements, trotz Flucht, trotz Vertreibung, hat weniger unter den unmittelbaren Kriegserfahrungen gelitten. Zumindest im heutigen Selbstverständnis wiegt es für sie sehr viel schwerer, dass sie darüber nicht sprechen konnten, weder über die eigenen Erfahrungen noch über die gespürten Erfahrungen der anderen. Das Schweigen zwischen den Generationen hat bewirkt, dass sie sich das eigene Leben, die familiäre und die persönliche Biografie nicht wirklich aneignen konnten. Sie sind sich emotional fremd geblieben.“ Aus Sprachlosigkeit fehle es dieser Generation an einer „emotionalen Geborgenheit im Anderen“, die Voraussetzung dafür sei, zu kollektiven Leiderfahrungen wie Krieg und Vertreibung überhaupt persönlich Stellung nehmen zu können. Die meisten seiner Gesprächspartner, so Ermann, seien sich trotz teilweise schwerer Traumata ihrer Identität als „Kriegskind“ nicht einmal bewusst gewesen.

Kultur der Verdrängung

Der im mährischen Brünn geborene Autor Hellmuth Karasek, der sich in dieser Runde seiner Wortgewandtheit

zum Trotz eher als Impulsgeber denn als Referent profiliert, landet einen Volltreffer mit der Frage, inwieweit sich die Erinnerungskultur im Osten und im Westen Deutschlands unterscheidet. „Zu meinem großen Erstaunen“, bilanziert Ermann seine Interviews in München, Stralsund und Greifswald, „gab es im Osten eine intensive familiäre Erinnerungskultur, die weniger mit Verdrängung verknüpft war als in Westdeutschland.“ Das wahrhaftigere Reden in den DDR-Familien führt der Analytiker zurück auf das verordnete Schweigen in der sozialistischen Öffentlichkeit: Da die Bruderstaaten nach offizieller Lesart unfehlbar waren, habe es in den Familien „unter dem Druck der staatlich verordneten Verdrängung mehr Kommunikation über die tatsächlichen Ereignisse, ihre emotionale Bedeutung und die eigene Betroffenheit“ gegeben. Dagegen hätten sich die Westdeutschen vorwiegend in „Erinnerungsritualen“ verloren, wie Ermann mit einem persönlichen Beispiel illustriert: „Ich stamme aus Stettin, der Freundeskreis meiner Eltern bestand vorwiegend aus Pommern. Man traf sich regelmäßig sonntags und erzählte sich die heiteren Geschichten des Krieges. Zu einem bestimmten Augenblick gab es immer ein Schweigen. Dahinter stand die ‚lustige‘ Geschichte, dass Besatzungstruppen in unser Haus eingedrungen und meine Mut-

Erika Steinbach
ter und meine ältere Schwester plötz-

lich verschwunden waren. Es wurde nie darüber gesprochen, was da geschah. Aber die heitere Geschichte, dass mein Bruder die Truppen mit irgendeinem Trick wieder aus dem Haus heraus gelockt hatte, gab es immer.“

Ein Schicksal, das alle Deutschen angeht

„Kommunikatives Beschweigen“ nennt Prof. Dr. Magnus Brechtken vom Institut für Zeitgeschichte dieses Phänomen des Um-den-Brei-Herumredens der Opfer wie auch der Täter: „Die Menschen in den 50er Jahren wussten, was der Nachbar gemacht hatte und was sie selbst gemacht hatten. Man hat nicht darüber gesprochen, weil man die Gefahr sah, dass die Gesellschaft darüber zu zerbrechen droht. Deshalb kehrte man das unter den Teppich – und das führte dann zu 1968. Es gibt immer einen Raum des Sagbaren und des Diskutierbaren, und dieser Raum ist generationenabhängig.“ Erika Steinbach schildert, wie die Vertriebenen in der jungen Bundesrepublik Opfer der Relativitätstheorie wurden: „Wenn man die Bilder aus den geöffneten KZs gesehen hatte, wie sollte man als Vertriebener da von sich selbst sprechen?“ Und sie erzählt von der Begegnung mit einer alten Dame, die es trotzdem wagte, ihr persönliches Leid öffentlich zu machen. Als diese Frau einem Journalisten schilderte, dass sie mehrfach vergewaltigt worden war, dass sie drei Kinder und ihre Heimat verloren hatte, da antwortete der junge Mann: ‚Das hat Ihnen doch nicht geschadet, sie sind doch über achtzig geworden.‘ Seine selbstgerechte Reaktion motivierte Erika Steinbach, sich für Vertriebene zu en-

gagieren: „Da habe ich gesehen, bei uns in Deutschland stimmt was nicht. Man konnte im Westen darüber sprechen, aber die Aufnahme in unserer Gesellschaft war in einer gewissen Phase von einer Unsäglichkeit, die die Vertriebenen zu einer aggressiven Re-



Prof. Dr. Hellmuth Karasek
aktion verleitet hat – oder zur Resignation.“ Umso wichtiger sei es, dass auch die von der Vertreibung nicht Betroffenen endlich lernten, offensiv Anteil zu nehmen am Leiden der Anderen: „Die Vertreibung ist ein gesamtdeutsches Schicksal und hat dieses Land so umgeprägt. Sie geht alle an!“

Die Kraft der Sprache

Das macht am Ende niemand besser deutlich als eine ZuhörerIn: die Autorin Merle Hilbk, die zu Beginn des Kongresses selbst auf dem Podium gesessen und von ihrer Auseinandersetzung mit dem Vertriebenenschicksal ihres Vaters erzählt hatte. „Wenn man Kindern und Enkeln“, so die 43-Jährige, „klar machte, in welcher Weise diese Geschichte eine große Rolle im Alltag auch ihrer Generationen spielt,

dann könnte man ganz viele Menschen dafür gewinnen. Ich habe Flucht und Vertreibung auch für ein historisches, ein abstraktes Thema gehalten. Aber in dem Moment, wo es meinem Vater erstmals möglich war, darüber zu sprechen, wo die Leute ihm sagten: ‚Das ist eine besondere Geschichte! Das ist dein ganz besonderes Leid!‘ – in diesem Moment habe ich erlebt, dass allein dieses Sprechen Familienstrukturen verändern kann. Es kann das Verhältnis zu den Eltern, es kann die Kommunikation innerhalb von Familien verändern – gerade für die, die keine Beziehung zu ihren Eltern haben und es schwierig finden, so etwas wie Liebe für sie zu empfinden.“

Reise in die Stettiner Heimat

Damit spricht Merle Hilbk dem Psychoanalytiker Ermann aus dem Herzen. Er erzählt von einer gemeinsamen Reise mit seiner Tochter in die Stettiner Heimat und davon, wie sich das Klima in der Familie seither verändert hat. Ermann macht aber auch deutlich, dass es nicht nur die Scham- und Schuldgefühle der Älteren sind, die einer Annäherung der Generationen im Wege stehen: „Das ist ein wechselseitiger Prozess. Mein Problem mit meinen Eltern war nicht nur, dass sie von sich aus schwiegen - also immer wieder dasselbe erzählten -, sondern dass ich, bis mein Vater auf dem Sterbebett lag, nie gewagt hatte zu fragen: ‚Was hast du wirklich in den Kasematten in Stettin erlebt?‘“ Die Jüngeren, so Ermann, hätten „Angst vor dem, was man dann hört, wenn man fragt. Angst vor schwierigen Gefühlen, vor Erlebnissen, die unaussprechlich sind.“ So viele Barrieren. So viele Ängste. Doch der Analytiker weiß ein wirksames Gegenmittel: „Sprechen, zuhören, sprechen – und zwar von beiden Seiten.“



© CC BY-SA / CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Foto: Steven Rösler

Wichtiger Bewusstseinswandel eingetreten

Spuren der Deutschen im Osten Europas: Einladungsmanifest von Katharina der Großen hat bis heute Folgen

© CC BY-SA / CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Foto: Steven Rösler



Dr. Angela Merkel

Eines der schönsten Symbole für Aussöhnung und Versöhnung – vor allem darum geht es ja heute bei Ihrem Kongress – steht in der sächsischen Heimat von Klaus Brähmig. Es ist die Dresdner Frauenkirche. Ihr Wiederaufbau ist mit vielen bewegenden Geschichten verbunden, so wie mit der von Alan Smith. Der britische Goldschmied schuf in monatelanger Arbeit das große Kuppelkreuz. Diese Aufgabe zu übernehmen, war ihm ein ganz persönliches Anliegen. Sein Vater erzählte ihm vom verheerenden Angriff auf Dresden, bei dem er als Pilot im Einsatz war. Dieser Einsatz ließ ihn zeit seines Lebens nicht mehr los. Alan Smith sagte über seinen Vater: „Er wollte, dass Dresden nicht in Vergessenheit gerät.“ Der Sohn hat dann mit seinem persönlichen Beitrag zum Wiederaufbau der Frauenkirche das Vermächtnis des Vaters erfüllt. Er hätte den Auftrag für das Kuppelkreuz auch anderen überlassen können. Er war zu keiner Geste gegenüber Deutschland verpflichtet. Ohnehin hatte unser Land einst dafür gesorgt, dass sein Vater überhaupt in den Krieg ziehen musste. Und trotzdem ließ er es sich nicht nehmen, eine alte Wunde zu schließen und ein Zeichen der Freundschaft zu setzen.

Diese bewegende Geschichte steht beispielhaft dafür, dass Gräben, wo auch immer und wie breit auch im-

mer sie sein mögen, überwunden werden können. Es ist eine Geschichte der Hoffnung auf Aussöhnung, auf ein friedliches Miteinander der Völker. Wie Menschen verschiedener Länder zueinander stehen, welche Bilder sie voneinander haben und was sie füreinander empfinden, das kann man nicht einfach bestimmen, das kann man nicht verordnen, das kann man nicht in Gesetzestexte schreiben. Ob Nationen das Leid, das sie einander zugefügt haben, hinter sich lassen und einander die Hand reichen können, ob Vergebung möglich ist, das hängt von vielen persönlichen Überzeugungen und Entscheidungen ab. Von den Leidtragenden verlangt es gewiss viel Kraft und Überwindung. Das ist für Nachgeborene, die das alles nicht selber erlebt haben, fast gar nicht zu ermessen. Deshalb sollten sie auch bei manchem, das sie beurteilen möchten, sehr vorsichtig sein. Denn wer in Frieden und Freiheit aufgewachsen ist, dem scheint das Glück von Frieden und Freiheit allzu selbstverständlich zu sein. Umso wichtiger ist es, dass wir von Generation zu Generation immer wieder aufs Neue das Verständnis für das überaus fordernde, aber unermesslich wertvolle Werk der Versöhnung zu schärfen versuchen. Und genau so verstehe ich den Titel Ihres Kongresses: „Aussöhnung als Aufgabe: Deutschlands Arbeit an den Kriegsfolgen seit 1945.“

1945 lag Europa in Trümmern. Deutschland hatte im Wahn einer nationalsozialistischen Ideologie ein Inferno ausgelöst. Es brachte mit Krieg, Zerstörung und dem Zivilisationsbruch der Shoah unsägliches Leid über die Völker Europas. Und zum Ende des Krieges schlug das Leid auf die Deutschen zurück. Viele Städte versanken im Bombenhagel in Schutt und Asche. Nach dem Krieg waren diese äußerlichen Schäden noch lange sichtbar. Es gab aber auch Wunden, die weniger offensichtlich, in der Öffentlichkeit weniger präsent waren. Doch für die Betroffenen waren sie nicht weniger gravierend, nicht weniger einschneidend.

Besonders hart war das Schicksal derjenigen, die ihre Heimat im Osten und Südosten Europas für immer verloren haben. Die einen flohen gegen Ende des Krieges vor den herannahenden Truppen der Sowjetarmee, die anderen wurden in den Folgemonaten aus ihren Städten und Dörfern vertrieben.

„Für Nachgeborene fast gar nicht zu ermessen“

Die Geschichten dieser Menschen wollte zunächst kaum jemand hören. Auch das muss man sich vorstellen: Sie hatten das Schrecklichste erlebt, die Heimat verloren; und keiner wollte ihnen zuhören. Nach dem Krieg waren ja viele Aufgaben gleichzeitig zu bewältigen – der Aufbau der zerstörten Städte, die Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten, die Ankurbelung der Wirtschaft, die Eingliederung der Kriegsheimkehrer; und dann waren da noch die Heimatvertriebenen. Das allgemeine Bemühen, das Land rasch wieder neu aufzubauen und schreckliche Zeiten hinter

sich zu lassen, verwies die Erfahrung von Flucht und Vertreibung erst einmal in eine Nebenrolle. Den betroffenen Menschen aber hatten sich Flucht und Vertreibung tief ins Gedächtnis eingebrannt. Der Verlust naher Angehöriger, der Verlust von Haus und Hof, der Verlust der Heimat, die Erfahrung von Gewalt, Folter und Vergewaltigung prägten zumeist ihr ganzes Leben.

Nach 1945 stellten die Väter und Mütter des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland Demokratie und Menschenrechte in den Mittelpunkt des neuen Staatswesens. Sie nahmen eine neue Friedensordnung in Europa, ja, ein vereintes Europa in den Blick. Krieg und Blutvergießen sollten künftig ausgeschlossen sein. Mir ist das in diesen Tagen noch einmal besonders bewusst geworden, als

mich auf einer Regionalkonferenz jemand fragte: Wohin gehen wir denn jetzt eigentlich in Europa, was ist das Ziel? – Dazu habe ich gesagt: Die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben das in einen Satz gepackt: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen (...).“ Das war der Auftrag, an dem wir heute noch arbeiten. Unter jenen, die zu Hause, in dem Deutschland, in das die Heimatvertriebenen Zuflucht nahmen, alle Kriegsfolgen zu beseitigen hatten und gleichzeitig die Aufgabe der Integration der Heimatvertriebenen hatten, gab es Menschen, die ein Grundgesetz geschaffen haben mit einer klaren Vision, wohin sich die Dinge bewegen sollten. Natürlich erwuchs aus den millionenfachen Gräueltaten bis 1945 für Deutschland eine immerwährende Verantwortung. Wir stehen heute zu dieser Verantwortung; und wir wissen, dass wir nur so eine gute Zukunft gestalten können. Der Neuanfang für Flüchtlinge und Vertriebene war in der Regel schwierig

(...). Es kam noch hinzu, dass sich die Haltung der jungen Bundesrepublik fundamental von derjenigen in der ehemaligen DDR unterschied. Im Osten Deutschlands war das Thema Flucht und Vertreibung im Grunde tabu. Es verbot sich, darüber öffentlich zu sprechen. Vertriebene wurden beschönigend zuerst Umsiedler und dann ehemalige Umsiedler genannt. Wer heute einen Wahlkreis in den neuen Bundesländern hat, in dem ein großer Teil der Bevölkerung aus diesen vermeintlichen Umsiedlern, also aus Vertriebenen, stammt – wie zum Beispiel bei mir in Vorpommern –, der

weiß, was da alles unterdrückt wurde, aber was dann in den letzten 22 Jahren auch an Aufarbeitung geleistet wurde. Es gab zwar auch in der DDR materielle Hilfen durch Zuweisung von Wohnraum oder zum Teil auch von Land – sogenannte Bodenreformgrundstücke. Vor allem aber integrierten sich die Vertriebenen selbst, indem sie auch die allgemeinen agrarpolitischen Programme nutzten oder sich als Arbeiter in den Betrieben eine neue Existenz schufen.

In der Bundesrepublik hingegen bekam das Thema einen völlig anderen Stellenwert als in der DDR. Das Grundgesetz enthielt von Anfang an eine klare Aussage zur Volkszugehörigkeit. Ein 1949 eigens geschaffenes Bundesministerium befasste sich in den ersten 20 Jahren der Bundesrepublik mit den Anliegen der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten – eine Arbeit, die heute dankenswerterweise im Bundesinnenministerium, politisch auch in der Fraktion und natürlich im Verband geleistet wird. Das weiß Erika Steinbach. Hier bei uns in der politischen Arbeit hat die Vertrie-

benenarbeit nach wie vor ein Zuhause, um das ganz klar zu sagen. Es wurden mehrere gesetzliche Regelungen zum sogenannten Lastenausgleich erlassen. Sie dienten der Eingliederung und Entschädigung. Der Bogen spannte sich vom Soforthilfegesetz 1949 bis zur Verabschiedung des Vertriebenen-zuwendungsgesetzes im wiedervereinten Deutschland. Das Bundesvertriebenengesetz von 1953 enthielt langfristige Regelungen für Vertriebene, Aussiedler und später auch Spätaussiedler.

Wir haben auch jene im Blick, die trotz ihrer deutschen Wurzeln in den Staaten Ost- und Südosteuropas geblieben sind. Viele von ihnen mussten nach dem Krieg Nachteile und Strafmaßnahmen hinnehmen. Heute sind sie oft wichtige Ansprech-

partner und Brückenbauer zwischen unseren Nationen, auch unter nach wie vor recht schwierigen Verhältnissen. Deshalb haben sie unsere Unterstützung verdient.

Bisher sind insgesamt fast 4,5 Millionen Menschen als Aussiedler oder Spätaussiedler zu uns nach Deutschland gekommen. Seit Anfang der 90er Jahre sind die Zahlen deutlich zurückgegangen. Ein Grund dafür ist sicher, dass sich die Lebensverhältnisse in den jeweiligen Ländern seit dem Ende des Kalten Krieges spürbar verbessert haben. Aber es gab immer wieder tragische Fälle von Familientrennungen. Deshalb haben wir im vergangenen Jahr eine neue Härtefallregel verabschiedet. Sie ermöglicht, Ehepartner und Abkömmlinge in den Aufnahmebescheid von Spätaussiedlern nachträglich einzubeziehen. Das ist eine sehr pragmatische und praxisbezogene Regelung. Es war dieser Bundesregierung ein wichtiges Anliegen.

Gleichzeitig richten wir den Blick verstärkt auf die Integration von Spätaussiedlern. Denn wer freiwillig seine



© CC BY-SA / CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Foto: Steven Rösler

alte Heimat verlässt, braucht viel Kraft und Zeit, um an einem neuen Ort heimisch zu werden – sowohl diejenigen, die im Erwerbsleben einigermaßen Fuß fassen wollen, als auch die Kinder, die zu uns nach Deutschland kommen. Vor allem diejenigen, die unsere Sprache noch nicht gut beherrschen, brauchen wirklich unsere Unterstützung. An dieser Stelle möchte ich ein ganz herzliches Dankeschön dafür sagen, dass der Bund der Vertriebenen, die Landesverbände und die Landsmannschaften immer hilfreich zur Seite stehen. Obwohl man eigentlich in der eigenen Landsmannschaft schon genug Arbeit hat, ist doch vieles hierbei geleistet worden. Ganz herzlichen Dank.

Besonders großen Respekt habe ich vor dem Beitrag zur Versöhnung der Völker Europas, denn er ist ein wichtiger Baustein im Werk der europäischen Verständigung und dauerhaften europäischen Einigung. Wir fördern als Bundesregierung seit langem entsprechende Initiativen von Einrichtungen der Vertriebenen oder von Trägern, die mit ihnen verbunden sind. Wir handeln dabei im Einklang mit dem erklärten Willen des Deutschen Bundestags. Ich möchte beispielsweise nur an den entsprechenden Beschluss der Abgeordneten auf Antrag der Koalitionsfraktionen von 2010 erinnern (...).

Ich glaube, dass in den vergangenen Jahren ein wichtiger Bewusstseinswandel eingetreten ist. Wir haben heute eigentlich kaum mehr unsachliche Grabenkämpfe, sondern wir haben gelernt, genauer zuzuhören. Dadurch erschloss sich mehr und mehr die Dimension, die die Geschichten von Einzelschicksalen und die Geschichte von Flucht und Vertreibung für unser Land haben. Wir spüren, dass das Interesse daran gewachsen ist. Ich glaube, Erika Steinbach hat als Präsidentin mit vielen anderen einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet. Die Medien haben zum Teil mit sehr interessanten Beiträgen über Einzelschicksale reagiert. Diese Beiträge haben ein Millionenpublikum gefunden, das sich dafür interessiert hat. Es ist also nicht so, dass das Thema die Menschen nicht interessiert. Man

muss es nur einfach auch zu den Menschen bringen. Ich finde, da ist vieles gelungen.

Auch die Wissenschaft hat sich des Themas intensiver als früher angenommen. Da gibt es eine Vielzahl von gelungenen Ausstellungen. Mit Erika Steinbach habe ich vor einem halben Jahr die Trilogie „HeimatWEH“ in Berlin eröffnen können. Sie führt die bisherigen Einzelausstellungen „Die Geflüchten“, „Erzwungene Wege“ und „Angekommen“ zusammen. Ich habe sie sehr gerne gemeinsam mit Erika Steinbach eröffnet.

„Unrecht auch Unrecht nennen“

Die Ausstellungen unterstreichen – egal, ob man Flucht und Vertreibung erlebt hat oder nicht –: Flucht und Vertreibung sind ein Teil unserer gemeinsamen Geschichte. Wer diesen Teil verdrängt, wer ihn leugnet, wer davon nichts wissen will, verleugnet ein Stück der eigenen Identität. Ich glaube, dass das inzwischen weitgehend anerkannt ist und dass wir den Tatsachen ins Auge sehen. Dass wir im Zusammenhang mit Vertreibung Unrecht auch Unrecht nennen, das ist etwas, gegen das sich heute kein manifester Widerstand mehr regt. Das ist das Ergebnis der Arbeit derer, die auch in Zeiten, als das nicht so einfach war, unermüdlich den Weg geebnet haben. Ein bisschen ist es so wie bei der Deutschen Einheit: Es gibt Durststrecken; und dann stellt sich immer die Frage: Glaube ich an das, was ich vertrete, auch wenn ich noch nicht die Mehrheit habe, oder glaube ich nicht daran?

Diesen Weg zu gehen, hat sich gelohnt. Wir wollen nun in Berlin ein sichtbares Zeichen gegen das Unrecht von Vertreibungen setzen. Diese Idee hat ihre Zeit gebraucht; jeder, der daran beteiligt ist, weiß das. Aber jetzt ist ihre Umsetzung zum Greifen nah. Ich hoffe, dass wir noch in dieser Legislaturperiode einen symbolischen Akt vornehmen können. Inzwischen liegen die ersten Pläne der Architekten

zum Um- und Ausbau des Deutschlandhauses vor, ebenso die Konzeption für die zukünftige Arbeit sowie die Leitlinien für die geplante Dauerausstellung. Die Stiftungsgremien arbeiten eng zusammen. Das ist ja auch schon mal etwas und war nicht immer so. Deshalb danke ich allen, die in der und für die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung mitwirken. Sie haben eine schwierige Aufgabe übernommen. Immer wieder ist zwischen sehr unterschiedlichen Sichtweisen zu vermitteln, um gemeinsame Lösungen zu erreichen. Das verlangt nicht nur Sachkenntnis, sondern auch viel Einfühlungsvermögen und Fingerspitzengefühl.

In welchem Geist wir die Aufarbeitung unserer gemeinsamen Geschichte vornehmen, spiegelt sich, wie ich finde, besonders gut im folgenden Satz der Stiftungskonzeption wider: „Unrecht hat in der Geschichte oft zu neuem Unrecht geführt, doch schafft früheres Unrecht – auch wenn es noch so groß war – keine rechtliche oder moralische Legitimation für neues Unrecht.“ Wenn man emotional betroffen ist, ist das schwieriger zu akzeptieren, als man auf den ersten Blick denkt. Deshalb ist dies ein sehr weiser Satz; ein Satz, der von Zukunftsfähigkeit zeugt. Enge nationale Sichtweisen treten diesseits und jenseits der Grenzen mit einem solchen Satz in den Hintergrund. Stattdessen rückt das erlittene Leid der Menschen in den Vordergrund. Nicht das, was uns trennt, sondern das Gemeinsame,



© CC BY-SA / CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Foto: Steven Rösler

das Verbindende wird betont. Das ist eine außerordentlich wichtige Botschaft für die Vertriebenen und ihre Nachfahren. Es ist im Grunde auch für alle Europäer eine wichtige Botschaft, denn die Wege in Europa haben sich

ja auf unterschiedlichsten Bahnen immer wieder gekreuzt, auf denen auch unendlich viel Unrecht geschehen ist.

„Umgang mit Kriegsfolgen hat sich geändert“

Über lange Zeit hinweg nahm die deutsche Kultur mit ihren regionalen Eigenheiten einen selbstverständlichen Platz im Osten Europas ein. Die Ansiedlung deutscher Bauern und Handwerker begann schon im Mittelalter und setzte sich dann über Jahrhunderte fort. Wenn wir daran denken, dass Katharina die Große vor knapp 250 Jahren mit ihrem Einladungsmanifest viele deutsche Landsleute nach Russland holte, dann wissen wir, dass wir heute noch mit den Folgen zu tun haben, was uns aber gar nicht mehr so bewusst ist. Wir sprechen zwar heute auch wieder über Fachkräftemangel – darum ging es ja damals im Kern –, aber dann mit umgekehrtem Vorzeichen. Allerdings haben wir in den Hugenotten ja auch ziemlich viele Fachkräfte gefunden, gerade hier in der Berliner Region, die hier geholfen haben, aus dem Sackloch herauszukommen und Seide als Kleidung, als Stoff kennenzulernen.

Aber zurück zum Osten Europas: Noch heute finden sich im östlichen Europa viele Spuren der Deutschen. Sie haben dort ein vielfältiges Erbe hinterlassen. Und dieses Vermächtnis zu bewahren und zu erforschen, das hat sich die Bundesregierung zur Aufgabe gemacht. Da ist es gut, dass es seit 1990 leichter ist, sich über die Grenzen hinweg auszutauschen und anzunähern. Viele Institutionen und viele Menschen nutzen diese Chance. Ich bin ganz fest davon überzeugt, dass sich das lohnt. Es lohnt sich, sich für eine europäische Erinnerungskultur einzusetzen. Die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit verbindet uns quer über den Kontinent. Dadurch wächst das Bewusstsein für gemeinsame Wurzeln ebenso wie für gemeinsame Werte und Ziele. Der polnische Staatspräsident

Bronisław Komorowski rief letztes Jahr in seiner Berliner Rede in Erinnerung: „Europa ist nicht nur ein geografischer, sondern vor allem ein kultureller Begriff.“

Inzwischen sehen einige Städte, gerade in Polen und Tschechien, auch in ihrer deutschen Geschichte wieder eine Bereicherung ihrer Identität. Mit Erinnerungstafeln, Festivals und vielem anderen pflegen Breslau und Danzig das reiche kulturelle Erbe. Gleiches gilt etwa auch für das Collegium Bohemicum in Tschechien. Vollerorts finden sich Andenken an deutsche Dichter, Wissenschaftler und andere herausragende Persönlichkeiten. Gedenksteine, Gedenkgottesdienste oder die Pflege deutscher Friedhöfe erinnern an eine gemeinsame Vergangenheit. Auch viele Kulturschaffende, der Deutsch-Tschechische Zukunftsfonds, das Deutsch-Polnische Jugendwerk – sie alle stellen sich in den Dienst der Verständigung und des gegenseitigen Kennenlernens. Ich freue mich, dass es so viele Gesten in unseren Nachbarländern gibt. Ein friedliches und gedeihliches Miteinander setzt immer Partner voraus, die sich aufeinander einlassen.

Auch wenn die beiderseitige Versöhnungsarbeit viele gute Früchte trägt und unsere Beziehungen zu unseren mitteleuropäischen Nachbarn nie besser waren als heute und wir in der Europäischen Union und in der NATO eng zusammenarbeiten, so will ich doch nicht darüber hinwegsehen, dass es natürlich auch noch viel harte Arbeit zu tun gibt. Es ist nicht so, dass überall nur die guten Beispiele im Mittelpunkt stehen, sondern es gibt an einigen Stellen immer noch eine sehr dünne emotionale Basis. Man kann sich leicht Verletzungen zufügen. Es gibt schnell mal ein Missverständnis. Ich finde, darüber sollten wir nicht hinwegsehen; das gehört auch dazu. Aber es gibt eben auch viele Beispiele dafür, dass man mit Geduld immer wieder aufeinander zugeht und Brücken baut; und diese sollte uns ermutigen. Ich weiß, dass es auch Themen gibt, zu denen wir noch keine Lösungen haben. Das will ich hier nicht verschweigen; ich will sagen, dass ich heute zu diesem Kon-

gress auch keine mitbringen konnte. Aber Sie sollen auch nicht denken, dass ich unter Vergesslichkeit leide; ich lese die Briefe, die ich bekomme, und kenne die Diskussionen (...).

Ich glaube, in den vergangenen Jahren haben wir Schritt für Schritt gelernt, das Schicksal der Flüchtlinge und Vertriebenen besser wahrzunehmen. Bei allem gelegentlichen Streit, bei allem Ringen um den richtigen Weg zwischen Rückschau und Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft – der Umgang mit den Kriegsfolgen und insbesondere mit Flucht und Vertreibung hat sich geändert. Er ist sensibler und, ich meine, auch selbstverständlicher geworden. Das sind gute Voraussetzungen, um wirklich Versöhnung zu erreichen und Zukunft zu gestalten. Das ist ein Anliegen, das uns alle eint.

Deshalb noch einmal, lieber Klaus Brähmig, herzlichen Dank für Ihr Engagement. Egal, welche Themen sonst um uns herum tosen, es wird nicht vergessen. Das ist auch ganz wichtig im Blick auf das Alter vieler Vertriebenen, die ihre Heimat verloren haben. Da kann man nicht sagen, wir kümmern uns in zehn Jahren darum, sondern das muss man jeden Tag wieder tun. Aussöhnung als Aufgabe – das muss jeden Tag gelebt werden.

Am Rande des Kongresses übergab Elmar Rolle Pichler, Vorsitzender der SVP-Fraktion im Südtiroler Landtag, der Kanzlerin ein Buchprä-



sent über ihr Urlaubsland.

© CC BY-SA / CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Foto: Steven Rösler

Aussöhnung auf der Basis der Wahrheit

Sudetendeutsches Museum in München errichten

© CC BY-SA / CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Foto: Steven Rösler



Johannes Singhammer

Die Union ist die Partei der Aussöhnung auf der Basis der Wahrheit. Wahrheit ist manchmal unangenehm, manchmal schmerzlich. Aber ohne Wahrheit kann Aussöhnung niemals gelingen und zur Wahrheit zählt das Erinnern. Wir brauchen eine Kultur der Erinnerung. Nur das Wissen um das Gestern verleiht uns die Kraft und Zuversicht für das Morgen. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung heißt es daher: „Wir werden die Errichtung eines Sudetendeutschen Museums in München unterstützen“.

In einem solchen Museum soll gezeigt werden, dass die Geschichte und die Kultur der Sudetendeutschen eben nicht nur die Zeitspanne von 1939 bis 1945 umfasst. Die Sudetendeutschen blicken auf eine stolze 800-jährige Geschichte in Böhmen und Sudetenschlesien und zurück. Diese gilt es zu bewahren und zu zeigen. Andere Landsmannschaften haben bereits eigene Museen. Nur die Sudetendeutschen fehlen noch. Die Errichtung und Unterstützung dieses Museums ist ein wichtiger Teil, um den Auftrag von § 96 Bundesvertriebenengesetz zu erfüllen, der sowohl Bund als auch die Länder verpflichtet, das Kulturgut der deutschen Heimatvertriebenen im Bewusstsein der Gesellschaft lebendig zu halten und zu pflegen.

In den abschließenden Haushaltsverhandlungen werden wir daher durchsetzen, dass nachdem der Freistaat Bayern bereits 20 Millionen Euro zugesagt hat, der Bund rund 10 Millionen Euro zur Verfügung stellen wird.

Auf Initiative der Bayerischen Staatsregierung hat der Bundesrat bereits im Juli 2003 eine EntschlieÙung gefasst, die mit den Worten endet „fordert der Bundesrat die Bundesregierung auf, den 5. August, den Tag der Unterzeichnung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen, zum Nationalen Gedenktag für die Opfer von Vertreibung zu bestimmen.“

Vertriebene waren und sind echte Brückenbauer

Auch der Deutsche Bundestag hat in einem Antrag der CDU/CSU- und FDP-Fraktionen, der im Februar 2011 beschlossen wurde, das Anliegen formuliert, die Bundesregierung möge prüfen, wie dem Anliegen, den 5. August zum bundesweiten Gedenktag für die Opfer von Vertreibung zu erheben, Rechnung getragen werden kann.

Die Charta der Heimatvertriebenen aus dem Jahr 1950 gehört zu den entscheidenden Dokumenten der jungen Bundesrepublik Deutschland, weil sie 1950 innenpolitisch radikalen Versuchen den Boden entzog und außenpolitisch einen Kurs der Europäischen Einigung und Versöhnung und

der Einbeziehung der Mittel- und Osteuropäischen Nachbarn vorbereitete. In der Charta heißt es „Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.“ Und weiter: „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluss ist uns ernst und heilig in Gedenken an das unendliche Leid, welches in besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschen gebracht hat.“

Die Proklamation Nationaler Gedenktage obliegt dem Bundespräsidenten auf der Grundlage einer entsprechenden Anregung der Bundesregierung. Wir wären glücklich, wenn der Bundespräsident sich zu einem solchen Schritt entschließen könnte.

Und vielleicht als letzte Bemerkung ganz zum Schluss: Mich ärgert es immer wieder, wenn bei Medien-Berichterstattungen nicht einmal mehr die alten deutschen Ortsnamen verwandt werden. Das ist nichts Böses, wenn man die deutsche Ortsbezeichnung wählt. Sie richtet sich gegen Niemanden, sondern sie ist Respekt gegenüber der Geschichte und gegenüber Denjenigen, die hier gewohnt haben, gelebt haben, gearbeitet haben und die ihre Heimat auch hier hatten.

Es gibt ein Recht auf Heimat, denn Heimat ist ein Menschenrecht, und Vertreibung ist immer Unrecht, das gegen die Menschenwürde verstößt.



© CC BY-SA / CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Foto: Steven Rösler



© CC BY-SA / CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Foto: Steven Rösler

24 Bundstagsabgeordnete der 70 Mitglieder der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag in der 17. Legislaturperiode

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB

Klaus Brähmig MdB
Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen,
Aussiedler und deutschen Minderheiten der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Vi.S.d.P.: Sven Oole
Sekretariat: Ines Roehm
T 030-227-55364
F 030-227-56154

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet
www.cducusu.de
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion
blogfraktion.de
Fraktion direkt
www.cducusu.de/fd



[www.facebook.com/
cducusubundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)



www.youtube.com/cducusu



[twitter.com/
cducusubt](http://twitter.com/cducusubt)